



SPD-Unterbezirksparteitag in Gifhorn

Karen Wachendorf und Jan Schwarz sind die neuen Stellvertreter neben dem Vorsitzenden Detlef Tanke. Parteitag beschließt Resolution zur Förderung erneuerbarer Energien und das Abschalten der Atomkraftwerke.

Am Sonnabend, den 26. März versammelten sich 103 Delegierte aus den Ortsvereinen im Bürgerschützenaal in Gifhorn. Die atomare Katastrophe in Japan, das Moratorium zur Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke, die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie die Kommunalwahl im September waren die beherrschenden Themen.

Detlef Tanke wurde mit 97 der 102 abgegebenen Delegiertenstimmen wieder zum Vorsitzenden des Unterbezirks gewählt. Die beiden neuen Stellvertreter, Karen Wachendorf und Jan Schwarz wurden mit jeweils 90 Delegiertenstimmen gewählt. In seiner anschließenden Rede machte Detlef Tanke deutlich, dass die Kommunalwahl das wesentliche Thema des neuen Unterbezirksvorstands in den kommenden Monaten sein wird. „Wir wollen, dass mit Thomas Böker die SPD den Bürgermeister in Gifhorn stellt“, so Detlef Tanke, „und wir wollen es erreichen, dass ohne die SPD keine Mehrheit im Stadtrat und im Kreistag möglich ist. Wir fordern eine zweite Integrierte Gesamtschule im Landkreis Gifhorn, damit dem Wunsch vieler Eltern für mehr gemeinsames Lernen ihrer Kinder endlich Rechnung getragen wird.“

Bereits in seinem Grußwort zum Unterbezirksparteitag sagte Hubertus Heil: „Kommunalpolitik ist das Fundament unserer



Klaus Schneck (l.), Thomas Böker (3.v.l.), Olaf Lies (3.v.r.) und Hubertus Heil (r.) gratulieren der neuen Vorstandsspitze - Karen Wachendorf (2.v.l.), Detlef Tanke (Bildmitte) und Jan Schwarz (2.v.r.) - zur Wahl.

Inhalt

Seite 1- 3	SPD-Unterbezirksparteitag in Gifhorn
Seite 4	Gifhorer Zukunftsgespräche
Seite 5	Zur Atompolitik der Landesregierung
Seite 6	Aus dem Kreistag
Seite 7	Doppelte Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt AG 60plus
Seite 8	E10 - und was nun?
Seite 9	100 Jahre internation. Frauentag Termine

Demokratie. In den Kommunen wird entschieden, ob sich unsere Gesellschaft gut entwickelt. Wir müssen die Kommunen wieder ordentlich finanziell ausstatten, damit sie diese Aufgabe wahrnehmen können“. Hubertus Heil kündigt ein Programm zur „Entwicklung und Fortschritt in Niedersachsen 2030“ an.

Als Gastredner auf dem Parteitag griff der Landesvorsitzende Olaf Lies dieses Thema auf: „Im Bundesvergleich fällt Niedersachsen in der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Es ist erschreckend wie konzept- und tatenlos die niedersächsische Landesregierung diese Entwicklung hin- nimmt.“

Dabei besitze Niedersachsen ideale Standortvoraussetzungen für die Entwicklung und den Aufbau von Produktionsstätten für erneuerbare Energien, so Olaf Lies. „Schiffe für den Aufbau von Offshore-Windkraftanlagen, Gleichstromtrassen zur Energieverteilung, all dies muss entwickelt und produziert werden. Nicht nur für Deutschland und Europa, sondern für den Export weltweit, das schafft Arbeitsplätze in Niedersachsen. Dafür brauchen wir allerdings eine tatkräftige Landesregierung in Niedersachsen.“

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Die Havarie des Atomkraftwerks Fukushima mache es deutlich, wie unkalkulierbar die Risiken der Atomkraft seien, meinte Detlef Tanke, der Parteitag müsse hierzu Stellung beziehen, daher habe die Antragskommission die Resolution „Atomkraft abschalten - erneuerbare Energien fördern“ vorbereitet. Die Resolution (Wortlaut auf Seite 3) wurde einstimmig vom Parteitag beschlossen.

RevisorInnen

Martina Fähmann, Leiferde (95/0/1)
Ehrhard Hamscher, Röttgesb. (92/0/0)
Andrea Klapdor, Hankensbüttel (91/0/1)

Schiedskommission

Vorsitzende: Eleonore Keunecke-Florian,
Isenbüttel (97/0/0)
Stellvertreter: Diemat Schlüter, Meine (91/1/1)
Horst Loos, Sassenburg (88/1/2)
BeisitzerInnen: Brig. Brinkmann, Schwülper (85)
Ekhard Knupper, Röttgesb. (85)
Horst Kutscher, Sassenburg (85)

SPD-Unterbezirksparteitag Wahlergebnisse

(-)-Werte: (Ja/Nein/Enth.) oder erhaltene Stimmen

Vorstand

Vorsitzender: Detlef Tanke, Hillerse (97/3/2)
Stellv. Vors.: Karen Wachendorf, Gifhorn (90/2/1)
Jan Schwarz, Bol.- Land (90/6/0)
Schatzmeister: Christian Scharping, Thülau/V. (99/0/0)
BeisitzerInnen: Klaus Schneck, Wittingen (90)
Thomas Böker, Leiferde (89)
Hans-Adolf Müller, Wesendorf (82)
Gerda Grete, Gifhorn (75)
C. Brenot-Thomauske, Schwülper (66)
Martin Rausch, Hankensbüttel (63)
Monika Greetsema, Hankensb. (56)
Boris Jülge, Gifhorn (53)
Rainer Knop, Sassenburg (51)
Sabine Thielk-Adler, Wittingen (50)
Detlef Lehner, Isenbüttel (41)



Ehrung von Mandatsträgern für ihre jahrelange engagierte ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen.

Detlef Tanke bezeichnete die Geehrten als Säulen sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Von links neben Detlef Tanke: Gunda Jesske und Friedhelm Dodenhoff (Boldecker Land), Horst Loos (Sassenburg), Manfred Sölter (Wesendorf), Georg Vernunft (Boldecker Land), Werner Wiechmann (Schwülper), Manfred Simon (Gifhorn), Hans-Adolf Müller (Wesendorf/AG 60plus), Wilhelm Lederer (Hankensbüttel)

Detlef Tanke verabschiedet ausscheidende Mitglieder des Unterbezirksvorstands, die sich nicht wieder zur Wahl gestellt haben.

Von links neben Detlef Tanke:

Jürgen Beckmann, Gifhorn
Helga Brüdgam, Gifhorn
Inge Elvers, Hankensbüttel
Dietmar Schlüter, Meine



Antragsberatung auf dem Unterbezirksparteitag

Eine Resolution und 15 Anträge wurden behandelt

Neben der Resolution „Atomkraft abschalten - erneuerbare Energien fördern“ (Wortlaut siehe unten), wurden 15 Anträge von den Ortsvereinen, den Arbeitsgemeinschaften und dem Unterbezirksvorstand behandelt. Die Antragskommission hatte gut vorgearbeitet und Jan Schwarz leitete den Parteitag souverän durch die Beratung. Folgende Anträge wurden nach Beratung, einige mit Änderungen, vom Parteitag angenommen:

- Duales Ausbildungssystem Pflege (UBV)
- Weitere Integrierte Gesamtschule (UBV)
- Kostenlose Nachhilfe an Schulen (Jusos)
- Änder. der Arznei-Zuzahlungsverordn. (Hankensb.)
- Erhalt der Stichwahlen (Gifhorn)
- Disko für alle (Jusos)
- Leiharbeit begrenzen (AfA u. UBV)
- Eigenständiges Klagerecht für Gewerkschaften (AfA)
- Bildung von Betriebsräten (AfA)
- Politikverdrossenheit bekämpfen (Jusos)



Weitere Informationen zu den Berichten und Anträgen des Unterbezirksparteitags werden demnächst auf der Homepage des Unterbezirks <http://spd-gifhorn.de> veröffentlicht.

Antragsberatung auf dem Parteitag

Atomkraft abschalten - erneuerbare Energien fördern

Die SPD im Unterbezirk Gifhorn setzt sich für die schnellstmögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke in Deutschland ein und fordert die Landes- und Bundesregierung auf:

1. Maßnahmen zu intensivieren, die der Einsparung von Energie dienen.
2. die erneuerbaren Energien intensiv zu fördern und deren Ausbau zu beschleunigen.
3. die Atomkraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Neckarwestheim 1, Isar 1, Krümmel, Philippsburg 1 und Unterweser sofort unter Verfall der jeweiligen Reststrommengen stillzulegen.
4. die ohne Beteiligung des Bundesrates und deshalb rechtswidrig beschlossene Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke zu stoppen und unverzüglich zurückzunehmen, d.h.
5. Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich.
6. das kerntechnische Regelwerk aus dem Jahr 2009 sofort wieder einzusetzen und damit die Sicherheitsstandards zu erhöhen.
7. Betreiber von kerntechnischen Anlagen stärker an den Kosten der Endlagerung und den Folgen der Kernenergie zu beteiligen.
8. Subventionen von Atomstrom (in Form von Steuerermäßigungen und Fördermitteln) unverzüglich einzustellen.
9. gemeinsam auf Ebene der EU im Rahmen des EURATOM-Vertrags einen europäischen Ausstieg aus der Kernenergie voranzutreiben und auf die Einstellung aktueller Bauprojekte von Atomkraftwerken hinzuwirken.
10. ein Entsorgungskonzept für Atommüll zu erstellen, das folgende Aspekte berücksichtigt:
 - a. ergebnisoffene, bundesweite Suche nach geeigneten Endlagern.
 - b. andere Wirtsgesteine als Salz in die Auswahlkriterien einbeziehen.
 - c. Rückholbarkeit des Atommülls gewährleisten.
 - d. demokratischer Prozess zur Findung eines Endlagers.

Begründung:

Das Zeitalter der Kernenergie hat mit Fukushima ein schreckliches Ende gefunden. Das sogenannte Restrisiko wird nie beherrschbar sein und steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Das Restrisiko allein, das sollte Grund genug sein, auf Atomkraftwerke zu verzichten und mit voller Kraft das Zeitalter der Erneuerbaren Energien zu beginnen. Die drei E's – Einsparungen, Effizienz & Erneuerbare - sind der Ausgangspunkt einer modernen Energiepolitik, die verantwortungsvoll mit Ressourcen umgeht, die Versorgungssicherheit der Menschen garantiert. Niedersachsen braucht eine ökologische Industriepolitik. Eine Politik, die unsere Industrie stärkt, Arbeitsplätze sichert und schafft, Wissen und Innovationen fördert, einen starken Dienstleistungssektor unterstützt und unser Niedersachsen als lebenswertes Land mit intakter Umwelt bewahrt. Dazu bedarf es einer modernen Energiepolitik.

Gifhorner Zukunftsgespräche

Schulabschluss für alle Schüler, IGS mit Oberstufe in Gifhorn und Wege zur Bürgerbeteiligung wurden als Topthemen auf der Abschlussveranstaltung der Gifhorner Zukunftsgespräche herausgearbeitet. „Mich beeindruckt, dass sich alle Teilnehmer einig sind, dass für jedes Kind ein Schulabschluss sicherzustellen ist“, so Thomas Böker, „dieses mittelfristige Entwicklungsziel macht es schon wert, das Amt des Bürgermeisters für Gifhorn anzustreben.“

Auf der Auftaktveranstaltung der „Gifhorner Zukunftsgespräche“ am 28. Oktober 2010 wurden in lebhaften Diskussionen der interessierten Bürgerinnen und Bürger drei Leitziele für die Folgegespräche herausgearbeitet:

- **Miteinander mehr möglich machen – Bürgerbeteiligung in Gifhorn**
- **Beste Bildung für alle Bürger – von Schule bis Hochschule**
- **Gifhorn macht mobil – Verkehrsinfrastruktur**

Die von Dezember 2010 bis Februar 2011 zu diesen Themen durchgeführten Themenforen zeigten bereits, dass Bildung und Bürgerbeteiligung den Bürgerinnen und Bürgern am stärksten „auf den Nägeln brennt“. Zu den Veranstaltungen kamen zwischen 20 bis 50 Teilnehmer, die in den Arbeitsgruppen leidenschaftlich und kreativ Teilziele, Vorgehensweisen und erste Schritte herausgearbeitet haben. „Diese Veranstaltungen waren für mich äußerst lehrreich, ich habe erfahren, dass Politikverdrossenheit eine Mär ist“, meint Thomas Böker, „unsere Bürger wollen keine Abnickdemokratie. Sie wollen sich einbringen, um unsere Gesellschaft auf einen guten Weg zu bringen.“

Für Vorbereitung und Durchführung der Abschlussveranstaltung am 3. März 2011, hatte Thomas Böker mit Achim Möller einen erfahrenen Moderator aus Wiesbaden hinzugezogen. Die Ergebnisse der Themenforen wurden aufbereitet und den Teilnehmern zur Wahl gestellt. Die Teilnehmer sollten entscheiden, welche drei Themen sie für am wichtigsten hielten, um auf der Veranstaltung die ersten Schritte vom Thema zum Projekt zu erarbeiten. Ergebnis: Schulabschluss für alle Schüler, IGS mit Oberstufe und Wege zur Bürgerbeteiligung wurden ausgewählt.

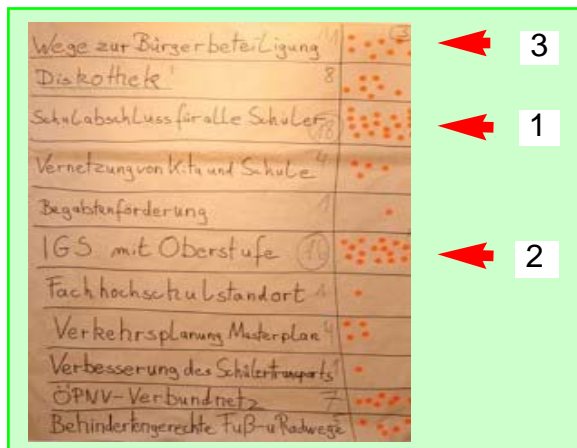
In drei Arbeitsgruppen wurde jeweils eines der Themen weiterentwickelt. Welchen Nutzen hat das Projekt? Wer sind unsere Kooperationspartner? Mit welchen Widerständen haben wir zu rechnen? Was sind die nächsten Schritte? Diese Fragen behandelten die Arbeitsgruppen. Die Ergebnisse wurden im Plenum vorgetragen.

Schließlich wurde ein Aktionsplan festgelegt. Karen Wachendorf wird in Abstimmung mit der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gifhorn einen Antrag an den Schulausschuss zur Einrichtung einer IGS mit Oberstufe stellen. Zu den beiden anderen Themen soll weitere Fachkompetenz hinzugezogen werden. Thomas Böker wird zu Gesprächen am Runden Tisch einladen.

„Die Resonanz und die Ergebnisse der Gifhorner Zukunftsgespräche stimmen mich optimistisch“, so Thomas Böker, „Politiker wären gut beraten, die Ideen der Bürgerinnen und Bürger und ihre Bereitschaft mitzugestalten, stärker zu nutzen. Ich werde dieses Instrument der Bürgerbeteiligung weiter ausbauen und für meine politische Arbeit in Gifhorn nutzen.“



Achim Möller, Politikberater aus Wiesbaden, moderierte die Abschlussveranstaltung



Topthemen der Gifhorner Zukunftsgespräche



Thomas Böker im Gespräch mit Teilnehmern der Abschlussveranstaltung

Wir fordern von McAllister den kompletten Atomausstieg!

von Detlef Tanke

Nach jahrelangen Debatten in Deutschland über den Ausstieg aus der Atomenergie ist das Undenkbare, der GAU, nunmehr passiert, und die Regierungen allerorten reagieren. Sie reagieren sogar bemerkenswert schnell.

Dennoch, es bleibt abzuwarten, *wie* sie reagieren, und ob sie den immer lauter werdenden Forderungen nach Abschaltung der Atomkraftwerke entsprechen werden.

Die atomaren Folgen der Erdbeben-Katastrophe in Japan sind entsetzlich, und es kann gar nicht genug festgehalten werden, dass es nur aufgrund einer verhängnisvollen Fehleinschätzung des sogenannten „beherrschbaren Restrisikos“ überhaupt soweit kommen konnte.

Klar ist: Es gibt kein „beherrschbares Restrisiko“. Von einem „Rest“ kann gar keine Rede sein, und wie gut wir in der Lage sind, es zu „beherrschen“, zeigt sich am Beispiel von Fukushima in all seinen erschreckenden Details.

In der Vergangenheit hat die Landesregierung unter Ministerpräsident McAllister die Atomenergie stets verteidigt. Es hieß, man würde den Kurs halten, mit den anderen europäischen Nationen mitziehen, von denen viele neue Atomkraftwerke bauen. Ein Ausstieg wäre nicht geplant.

Man hat das Geld aus der Atomenergie mit Freuden genommen, während man die gleichzeitig sinkenden Sicherheitsstandards im Bereich der Kernenergie bewusst in Kauf nahm.

Nun aber, da die Katastrophe geschehen ist, verkündet Schwarz-Gelb die sogenannte „Wende in der Atompolitik“ – und was soll das sein, diese „Wende?“ Nicht mehr als eine kurzfristige Aussetzung der Laufzeitverlängerung und die Abschaltung von sieben Atomkraftwerken für ein Vierteljahr, um deren Sicherheit zu überprüfen.

Das ist schlicht und ergreifend zu wenig und nicht langfristig genug.

In dieser Zeit ist es besonders wichtig, eine klare Linie zu vertreten.

Es kann nicht sein, dass man sich jahrelang für die Atomenergie stark gemacht hat, nur um plötzlich (wie McAllister), weil es angebracht erscheint, zu

behaupten: „Es ist bekannt, dass ich immer skeptisch zur Kernenergie stand.“ Wie lächerlich kann man sich denn noch machen?

Auch das sogenannte „Moratorium“ ist nichts weiter als heiße Luft, mit der die Sorgen des Volkes beschwichtigt werden soll. Es ist doch unnötig, die Sicherheitsstandards zu maximieren, wenn diese bereits „weltweit beispielgebend“ sind, und wer wie McAllister derartiges von sich gibt, zieht lediglich die eigene Glaubwürdigkeit in Mitleidenschaft.

Unsere Forderungen an den Ministerpräsidenten und seine Regierung sind eindeutig:

McAllister soll die Initiative aus Nordrhein-Westfalen unterstützen, die den kompletten Atomausstieg zum Ziel hat, und er soll sich vom Konzept der Atomenergie als Brückentechnologie auf dem Weg zur dauerhaften Versorgung durch erneuerbare



McAllister soll die Initiative von Nordrhein-Westfalen unterstützen, die den kompletten Atomausstieg zum Ziel hat.

Detlef Tanke, MdL

Energiequellen endgültig trennen.

In Niedersachsen muss der technologische und wirtschaftliche Wandel in Bezug auf die erneuerbaren Energiequellen weiter vorangetrieben werden. Auch hier herrscht laut einer Studie des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ein klares Defizit.

Laut einer Stellungnahme von Prof. Dr. Olaf Hohmeyer von der Universität Flensburg ist der Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2015 technisch möglich, ohne dass neue Kohle- oder Gaskraftwerke errichtet werden müssen. Fangen wir an!

Dies sind die Erwartungen, die die Menschen an die Bundes- und Landesregierung richten .

Wahlbereiche zur Kreistagswahl

von Ines Kielhorn

Eher unspektakulär wirkte der Tagesordnungspunkt der letzten Kreistagssitzung, mit dem die Einteilung der Wahlbereiche zur bevorstehenden Kommunalwahl festgelegt wurde. Mit der Verabschiedung des „Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Bestimmungen“ durch den Niedersächsischen Landtag im November des vergangenen Jahres, wurde nicht nur die Stichwahl für hauptamtliche Bürgermeister abgeschafft, sondern es gelten auch veränderte Bestimmungen für die Einteilung eines Wahlgebiets in Wahlbereiche.

Für den Landkreis Gifhorn mit seinen 173.000 Einwohnern sind wie bisher 54 Kreistagsabgeordnete zu wählen. Für diese Anzahl besteht nach den geänderten gesetzlichen Vorgaben die Möglichkeit mindestens vier und höchstens acht Wahlbereiche zu bilden.

Mit ausschlaggebend für den Vorschlag der Kreisverwaltung, die Einteilung der letzten Kommunalwahl beizubehalten, war die Entscheidung der Stadt Gifhorn, für die Stadtratswahl zwei Wahlbereiche festzulegen. Für die SPD-Kreistagsfraktion war das wichtigste Ziel bei dieser Entscheidung die Beibehaltung der acht Wahlbereiche, wie sie auch bei der Kommunalwahl vor fünf Jahren festgelegt waren. Bei den anderen Varianten hätten im ungünstigsten Fall Wahlbereiche mit bis zu 50.000 Einwohnern entstehen können. Der direkte Bezug der Wählerinnen und Wähler zu ihren Kandidaten wäre erschwert und die Kreispolitik wäre möglicherweise weiter vom Bürger abgerückt.

Bei der jetzt erfreulicherweise vom Kreistag beschlossenen Einteilung in acht Wahlbereiche liegt die durchschnittliche Größe bei 21.600 Einwohnern. Die größten Wahlbereiche Sassenburg-Wesendorf und Brome-Boldecker Land kommen auf jeweils 25.300 Einwohner. Gifhorn I, Gifhorn II, Meinersen und Wittingen- Hankensbüttel liegen mit jeweils ca. 21.000 Einwohnern genau im Durchschnitt.

Etwas Negatives hat aber leider auch diese Festlegung. Nach den gesetzlichen Bestimmungen

dürfen die Wahlbereiche in ihrer Größe nur zu einem festgelegten Prozentsatz voneinander abweichen. Um diese Vorgabe einhalten zu können, wird, wie schon vor fünf Jahren, die Gemeinde Rötgesbüttel von dem Gebiet ihrer Samtgemeinde Papenteich



Wir wollen die Mehrheit im Kreistag erreichen.

Ines Kielhorn

getrennt und der Samtgemeinde Isenbüttel zugeschlagen. Isenbüttel und Rötgesbüttel bilden dann gemeinsam mit 17.585 Einwohnern den kleinsten Wahlbereich im Kreisgebiet und der von Papenteich rückt mit 21.000 dicht an den Durchschnittswert.

Gern hätten wir diese Abweichung von den Gemeindegrenzen, deren Einhaltung auch im Gesetz gefordert wird, vermieden. Auf Nachfrage wurde diese Möglichkeit von der Kreisverwaltung mit dem Landeswahlleiter erörtert. Dabei wurde klargestellt, dass die Größe der Wahlbereiche nach Einwohnerzahlen gegenüber der Einhaltung der Gemeindegrenzen Vorrang hat.

Nachdem die Entscheidung nun gefallen ist, können am 21. Mai die Delegierten der Wahlkreiskonferenz die Listen für die vor uns liegende Kommunalwahl aufstellen und wir werden in einen interessanten Wahlkampf starten mit dem klaren Ziel, eine Mehrheit im Kreistag zu erreichen.

Der Spruch

Christian Wulffs Reden werden inzwischen mit großem Erfolg in der Anästhesie eingesetzt.

*Dieter Moor zum Thema große Reden in ttt - titel, thesen, temperament
am 9. Januar 2011*

Doppelte Herausforderung auf dem Arbeitsmarkt

von Klaus Schneck

Die derzeitige Situation auf dem Ausbildungsmarkt verbaut immer noch viel zu vielen jungen Menschen einen gelungenen Einstieg ins Berufsleben. Auch wenn Arbeitgeber und Kammern, sowie Bundes- und Landesregierung etwas anderes behaupten – die Lage auf dem hiesigen Ausbildungsmarkt ist nach wie vor dramatisch. Die statistische Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt ist kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen und darauf zu hoffen, dass demographische Entwicklung und konjunkturelle Erholung die Probleme von alleine lösen. Die offizielle Ausbildungsstatistik, bei der am Ende des Jahres mehr freie Plätze als unversorgte Bewerberinnen und Bewerber übrig bleiben, ist unehrlich. In Wahrheit gehen viele Ausbildungssuchende gar nicht in die Statistiken ein.

In Niedersachsen gibt es noch mindestens 12 000 sogenannte Altfälle. Hinter jedem einzelnen Fall steht ein junger Mensch, den wir in der Vergangenheit allein gelassen haben. Nun stehen wir vor den Herausforderungen von doppeltem Abiturjahrgang und ausgesetzter Wehrpflicht. Dies bedeutet ca. 25.000 zusätzliche Schulabgänger, auf die das Land Niedersachsen schlecht vorbereitet ist. Es fehlen Ausbildungs- und Studienplätze. Es ist vollkommen klar, dass in einem dreigliedrigen Schulsystem vor allem die Haupt- und Realschüler darunter leiden werden, wenn immer mehr Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt drängen. Wir sind weit von unseren Ansprüchen entfernt. Jeder junge Mensch, der einen Beruf lernen will,

muss dazu auch die Chance bekommen. Natürlich stehen vor allem die Unternehmen in der Pflicht ausstreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Dies ist nicht nur eine gesellschaftliche Aufgabe, sondern auch in ihrem ureigensten Interesse. Wir brauchen für unseren Wirtschaftsstandort gut qualifizierte Fachkräfte. Wenn diese heute fehlen, ist dies die Schuld derer, die in der Vergangenheit nicht aus-



Wir wollen ein Recht auf Ausbildung!

Klaus Schneck, MdL

gebildet haben. Die Unternehmen stehen in der Verantwortung, jungen Menschen eine Perspektive zu geben und eine Personalpolitik zu betreiben, die in die Zukunft gerichtet ist. Niemand, der nicht selbst ausgebildet hat, darf sich heute über fehlende Fachkräfte beklagen.

Daher bleibt es für die SPD klar: Jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger muss im Jahr 2011 einen Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen ein Recht auf Ausbildung!

Das Gesundheitssystem wird immer ungerechter

von Rainer Knop

Auf Einladung der SPD Arbeitsgemeinschaft AG 60plus erläuterten Armin Schellin, Regionaldirektor der AOK und der SPD Landtagsabgeordnete Klaus Schneck die Neuerungen im Gesundheitssystem vor interessierten Bürgerinnen und Bürgern in dem AOK Kasino in Gifhorn.

Seit dem ersten Januar ist die schwarz-gelbe Gesundheitsreform in Kraft. Die negativen Auswirkungen auf die Patientinnen und Patienten werden deutlich spürbar sein. Gesetzlich Versicherte werden durch Vorkasse oder Kopfpauschalen zusätzlich

belastet werden. Schellin beschrieb die zukünftige Entwicklung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und den immer besseren Behandlungsmöglichkeiten. Da die schwarz-gelbe Bundes-

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

regierung die Arbeitgeberbeiträge bei 8,3 Prozent eingefroren hat, werden die Versicherten alle Beitragserhöhungen über die Kopfpauschalen alleine tragen müssen. „Mit dieser Reform haben CDU und FDP das Solidaprinzip im Gesundheitssystem abgeschafft. Damit beweist die Bundesregierung einmal mehr, dass sie ihre Politik nur an Lobbyinteressen ausrichtet. Als SPD fordern wir eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege. Diese muss paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden“, erklärte Schneck.



**Ines Kielhorn, Thomas Böker,
Armin Schellin, Hans-Adolf Müller,
Klaus Schneck (von links)**

E10 - und was nun?

von Dr. Ulrich-Dieter Standt

E10 wurde als Benzin-Mischkraftstoff mit 10 Vol-% Ethanol als biogener Komponente in den Markt gebracht, um die EU-Vorgaben zur Erhöhung des regenerativ erzeugten Kraftstoffanteils einzuhalten. Bisher war laut Norm eine Zumischung von 5 % Ethanol oder 3% Methanol oder 15% Ethyl-Tertiärbutylether (ETBE) erlaubt.

Für den Kunden bedeutet dies allerdings: Mit Zumischung von Ethanol wird der Heizwert des Kraftstoffes abgesenkt. Aus den Heizwerten von Ethanol, Super Plus und E10 kann man berechnen: E10 hat den 0,97-fachen Mischungsheizwert von Super plus. Ein fairer Preis muss daher um diese Heizwert-Minderung korrigiert werden, also bei einem Preis von z.B. 1,60 € für einen Liter Super plus dürfte E10 heizwert-bereinigt höchstens 1,55 € kosten.

Die Bundesregierung hat sich in früheren Jahren fachlich von der VES (Verkehrswirtschaftliche Energie-Strategie) beraten lassen, einer Arbeitsgruppe von Mineralölfirmer, Autohersteller und Energieversorgern. Deren Aussage zur Markteinführung von stärker biogenen Kraftstoffen aus dem Jahre 2007 lautete:

Eine Gruppe von Mischkraftstoffen, also Benzin- und Dieselmischkraftstoffe mit biogenen Beimischungen, wurden in ihrer Effizienz höher eingestuft als die Einführung von reinen Biokraftstoffen. Für Mischkraftstoffe mit Benzin ist ETBE (auf Basis von biogenem Ethanol) gegenüber reinem Bio-Ethanol zu bevorzugen, weil hierbei der Einsatz im Fahrzeug unproblematisch ist.

Die Bundesregierung kannte diese Bewertung, hat sich jedoch in ihrem Bestreben, biogene Kraftstoffe in den Markt zu bringen, darüber hinweg gesetzt.

Problematisch bei der Zumischung von Ethanol zum Ottokraftstoff (Benzin) ist

- das Dampfdruckverhalten der Mischung im Sommer
- die Korrosionswirkung von Ethanol auf Metalle
- die Wirkung von Ethanol auf Kunststoffe, insbesondere Elastomere
- der höhere Wassergehalt des Kraftstoffes

Alle neueren Fahrzeuge wurden auf E10-Verträglichkeit getestet und sind damit unbedenklich zu fahren. In der Regel sind dies die Fahrzeuge, die die Abgasnorm EU5 erfüllen und mit dem entsprechenden EU5-Zulassungskraftstoff freigefahren wurden; dieser enthielt bereits 5 Vol-% Ethanol.

Bei den älteren Fahrzeugen (Abgasnorm EU4 und früher) wurden die Zulassungs-Dauerläufe mit einem Ethanol-freien Kraftstoff durchgeführt. Hier beruht die Freigabe durch den Hersteller im wesentlichen auf einer Durchsicht der Materialien, die im Fahrzeug verbaut wurden, und einem Abgleich mit den bekannten Literaturdaten für deren Ethanol-Verträglichkeit. Ein Dauerlauf mit E10 ist schon deswegen nicht mehr durchführbar, weil es keine Neufahrzeuge dieser Art mehr gibt.

Eine andere Bewertung erfährt hier E85 als Kraftstoff. E85 ist ein hoch-Ethanol-haltiger Mischkraftstoff für Fahrzeuge, die speziell für diesen Kraftstoff ausgelegt sind.

Im Zweifelsfalle sollte der Besitzer dieser Altfahrzeuge zu seiner Sicherheit eine Garantie seines Herstellers verlangen, dass sein Fahrzeug E10-tauglich ist. Die meisten Hersteller haben Listen herausgegeben, welche Fahrzeuge kein E10 vertragen. Das interessiert die Kunden meistens aber nicht; sie wollen vielmehr bestätigt haben, dass ihr Fahrzeug E10 verträgt und dass der Hersteller bei Ethanol-bedingten Schäden haftet!

Sollte es zu einem Schaden kommen, sieht es für den Besitzer eines älteren Fahrzeuges allerdings relativ schlecht aus: Will er den Schaden erstattet bekommen, wird er gutachterlich nachweisen müssen, dass genau dieser eingetretene Schaden auf das getankte E10 zurückzuführen ist. Das setzt unter anderem voraus, dass er sein Fahrzeug nachweislich in einer autorisierten Fachwerkstatt warten ließ, die alle Wartungen und den Fahrzeug-Zustand lückenlos dokumentiert hat, und dass der Kunde alle Tankquittungen der letzten 2-10 Jahre aufbewahrt hat, um die Einrede zu entkräften, es seien Fehlbetankungen vorgekommen.

SPD Unterbezirk Gifhorn

Steinweg 11, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371-3655
Fax : 05371-15261
www.spd-gifhorn.de

Verantwortlich i.S.d.P.:
Detlef Tanke

Redaktion:
Siegfried Brüdgam

100 Jahre Internationaler Frauentag- Reise durch die frauenbewegte Geschichte

von Sabine Lehmborg

Eingeladen, sich auf eine gemeinsame Zeitreise zu begeben, hatten anlässlich des Jubiläums 100 Jahre Internationaler Frauentag der SPD-Unterbezirk, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises. Sie wollten „Heute für morgen

Zeichen setzen“, so das Motto und erhielten dabei Unterstützung von 80 Gästen im Camin Cafe in Ausbüttel. In gemütlicher Atmosphäre wurde sich zunächst am Frühstücksbüfett gestärkt, um sich dann auf die geschichtliche Zeitreise von Frau Dr. Angela Klein vom Braunschweigischen Landesmuseum zu begeben. „Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“, unter diesem Titel referierte sie eindrucksvoll wie wichtig es ist, die Errungenschaften der Frauenbewegung zu kennen und die Frauen, die für die Gleichberechtigung gekämpft haben. „Es waren immer starke Frauen, die sich für Gleichberechtigung in der Geschichte eingesetzt haben. Ohne sie gäbe es keinen Fortschritt“, brachte sie es auf den Punkt. Frauen wie Rosa Luxemburg, Elisabeth Selbert oder Gerda Mendel hatten großen Anteil daran, dass Frauen heute ganz selbstverständlich ihr Wahlrecht ausüben und stärker denn je in Beruf und Politik präsent sind. Für Christine Gehrman, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises wurde für die Gleichstellung von Frauen und Männern viel erreicht, obwohl es immer noch Vieles zu tun gibt. „Frauen verdienen in Deutschland 23 Prozent weniger als ihre Geschlechtsgenossen und in Führungs- oder gar Aufsichtsratspositionen ist ihr Anteil noch viel zu gering. Dafür gibt es keinen, aber auch gar keinen Grund“, so ihr Kommentar. Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen, Sabine Lehmborg, betonte die wichtige Kooperation von Gewerkschaften, Gleichstellungsstelle und Frauen in der SPD für die Veranstaltung.

„Historisch betrachtet waren Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen die Ersten, die sich für gleiche Löhne von Frauen und Männern einsetzten“. Musikalisch sowie poetisch untermalt wurde der Vormittag vom DGB-Chor Klartext. Mit Liedern wie Brot und Rosen sowie Gedichten von Kurt Tucholsky führten sie durch die Frauengeschichte und forderten auf zu mehr Solidarität im Kampf um die Gleichberechtigung.



**100 Jahre Internationaler Frauentag,
Veranstaltung des SPD-Untebezirks Gifhorn, des Deutschen
Gewerkschaftsbundes und die Frauenbeauftragten des Land-
kreises Gifhorn im Camin Cafe in Ausbüttel**

Termine

Sa. 30.04.2011 Meldeschluss, Anträge und Delegierte für Wahlkreis-konferenz am 21.05.2011

Fr. 06.05.2011 18.00 Uhr, Bücherlesung, es liest Hermann Wiedenroth, Gifhorn, Schloß, Kaminzimmer

Sa. 21.05.2011 10.00 Uhr, Wahlkreis-konferenz, Ummern, Gasthaus Thoeke

Mo. 25.07.2011 bis 18.00 Uhr, Letzter Abgabetermin zur Einreichung der Unterlagen zur Kommunalwahl am 11.09.2011. Empfehlung: Abgabe bis 30.06.2011 (vor Ferienbeginn).